



Internationaler Arbeitskreis für Verantwortung in der Gesellschaft e.V.

International Working Group for Responsibility toward Society

Международная рабочая группа «Ответственность в обществе»

Geschäftsstelle: Dr.Hans Penner D-76351 Linkenheim-H - E-Mail: vorstand@iavg.org - www.iavg.org

IAVG-Internet-Dokumentationen

Forderungen des Mittelstandes

www.iavg.org/iavg042.pdf / Stand: 09.01.2009

Die hohe Lebensqualität in Deutschland ist in erheblichem Maße auf die Leistungsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft zurückzuführen. Es erregt Besorgnis, daß die Anzahl der mittelständischen ständig zurückgeht. Die Förderung mittelständischer Unternehmen entwickelt sich zu einer Existenzfrage unserer Gesellschaft. Die teilweise abgewählte, vom Neomarxismus geprägte Bundesregierung unter Gerhard Schröder hat die mittelständische Wirtschaft nachhaltig geschädigt. Die Aufhebung von wirtschaftsfeindlichen Gesetzen ist für unsere Volkswirtschaft existenznotwendig. Es müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um die Bundesregierung zu einem wirtschaftlichen Fortschritt zu bewegen.

1. Die Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft

Der Fleiß selbständiger Unternehmer ist das Rückgrat unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. In der Sozialen Marktwirtschaft schafft das freie Unternehmertum die Ressourcen für Sozialprogramme, die vom Staat zu finanzieren sind. Wenn großwirtschaftliche Machtzusammenballungen einen bestimmten Grenzwert überschreiten, ist das Ende der Sozialen Marktwirtschaft erreicht.

2. Soziale Marktwirtschaft und mittelständische Wirtschaft

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ermöglichte den Wiederaufbau Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, die Integration von 12 Millionen Heimatvertriebenen und Wohlstand für alle. Mitteldeutschland konnte erst seit 1990 nach der Abschaffung des sozialistischen Wirtschaftskonzeptes wieder aufgebaut werden. Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft beruht auf einer Arbeitsteilung zwischen Staat und Wirtschaft. Die Wirtschaft stellt Arbeitsplätze zur Verfügung und finanziert den Staat. Der Staat unterstützt die Personen, die nicht am Markt teilnehmen können und sorgt für Sicherheit, Rechtssicherheit und das Funktionieren des Marktes. Die gegenwärtige Krise unserer Republik beruht darauf, daß der Staat seine Pflichten nur mangelhaft erfüllt:

- Der Staat wälzt soziale Verantwortung auf die Wirtschaft ab.
- Der Staat veruntreut in erheblichem Umfang Steuergelder.
- Der Staat lähmt die freie Wirtschaft durch eine Überregulierung.
- Der Staat fördert die Kartellbildung und damit die Zerstörung des Marktes.
- Der Staat lähmt die Schaffung von Arbeitsplätzen.

3. Forderung nach Entideologisierung

In Deutschland sind sozialistische Vorstellungen noch weit verbreitet. Es gibt Kreise, die in Unternehmern grundsätzlich Ausbeuter sehen. Weithin wird übersehen, daß Arbeitsplätze von Unternehmern geschaffen werden. Auch die vom Staat geschaffenen Arbeitsplätze werden letztlich von Unternehmen finanziert. Verbreitet ist ferner die Vortellung, daß die vorrangige Aufgabe des Staates nicht in der Förderung der Unternehmen besteht, sondern in der Verteilung von Steuergeldern. In Deutschland hat Subventionierung Vorrang vor Subsidiarität.

Wir brauchen ein Ende der ideologisch bedingten staatlichen Behinderungen gegenüber neuen Technologien. Dies gilt insbesondere für die Gentechnik. Der Naturschutz muß auch die wirtschaftlichen Belange der Menschen berücksichtigen.

4. Forderung nach Sozialentlastung

Die den Unternehmen aufgebürdeten Sozialleistungen haben zu einer erschreckend hohen Anzahl von Firmenzusammenbrüchen und damit zum Verlust vieler Arbeitsplätze geführt. Notwendig ist eine drastischer Abbau der Sozialleistung, die verschleiernd als "Lohnnebenkosten" bezeichnet werden. Die Sozialleistungen betragen bereits 42% der gesamten Lohnkosten. Eine internationale Konkurrenzfähigkeit ist durch diese Wettbewerbsverzerrung nicht mehr gewährleistet.

5. Forderung nach Arbeitsmarkt

Ein wichtiger Bereich der Marktwirtschaft ist der Arbeitsmarkt. Das marktwirtschaftliche Prinzip von Angebot und Nachfrage ist auf dem Arbeitsmarkt verlorengegangen. Tarifverträge haben den Sinn der Existenzsiche-

rung der Marktteilnehmer. Die von den Gewerkschaften angestrebte Totalisierung des Arbeitsmarktes hat zur Folge, daß der Arbeitsmarkt in Deutschland nicht mehr funktioniert und sich deshalb ins Ausland und auf den Technologiemarkt verlagert. Flächendeckende Tarifverträge sind der Tod des Arbeitsmarktes. Sie unterbinden jegliche Flexibilität der lokalen Märkte. Tarifverträge wurden vorwiegend von der Großwirtschaft abgeschlossen und ließen die Forderungen der mittelständischen Wirtschaft weitgehend unberücksichtigt. Die deutschen Lohnkosten sind die höchsten der Welt. Deutsche Arbeiter sind für viele Unternehmen unbezahlbar geworden. Ein Kündigungsschutz von unrealistischen Ausmaßen zwingt die Unternehmen zur Rationalisierung und zum Abbau von Arbeitsplätzen.

6. Forderung nach Steuergerechtigkeit

Der Umgang der diversen Bundesregierungen mit Steuergeldern ist verantwortungslos. Aus den Berichten der Rechnungshöfe müssen Konsequenzen und die für die Vergeudung von Steuergeldern Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Dringend nötig ist eine Reform der staatlichen Ausgabenpolitik. Umverteilung der Steuern ist keine Lösung des Problem.

Für Engineering-Unternehmen ist das Kalenderjahr als wirtschaftliche Abrechnungs-Einheit existenzgefährdend. Aufträge laufen über zwei und drei Jahre, oft länger. Da Gewinne aber bei Abrechnung anfallen, sind Verluste im Folgejahr (bei Neubeginn von Aufträgen) unausweichlich. Das "Auf und Ab" der Konjunkturzyklen hat nirgends größere Auswirkungen, als in diesem Bereich. Bei einer Steuerlast von 70% ist es mittelständischen Unternehmen ohne Kapitalmarkt-Zugang unmöglich, eine so sichere Kapitalausstattung zu erarbeiten, daß ein Verlustjahr einfach "weggesteckt" werden kann. Mit weiteren Bankkrediten ist in diesen Fällen als "Überbrückung" sicher nicht zu rechnen. Die Folge: keine Neueinstellungen, keine personalintensiven Neuentwicklungen, keine Sicherheit für bestehende Arbeitsplätze. Anders gesagt: Niedergang auf Raten.

7. Forderung nach einer realistischen Energiepolitik

Für eine Industrienation wie Deutschland sind eine wirtschaftskonforme Energiepolitik und niedrige Energiepreise von essentieller Bedeutung.

Wahrscheinlich entscheidet sich die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands an der Frage, ob die Nukleartechnologie ausgebaut oder vernichtet wird, ob Kernstrom exportiert wird oder importiert werden muß. Kernenergie ist die Stromquelle der Zukunft. Die Nukleartechnologie ist in Deutschland hoch entwickelt. Die deutschen Kernkraftwerke sind inhärent sicher. Ein Ausbau der Kernenergienutzung ist dringend nötig: Aufhebung der Laufzeitbegrenzung der Kernkraftwerke, Fortsetzung der Erkundung des Salzstocks Gorleben, Freigabe des Endlagers Konrad für schwach radioaktive Abfälle, Aufhebung des Neubauverbotes von Kernkraftwerken und Aufhebung des Verbotes der Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen z.B. in La Hague oder Sellafield.

8. Forderung nach effizienter Wirtschaftsförderung

8.1 Forschungsförderung

Das gegenwärtige System der Förderung von Forschung und Entwicklung durch die Europäische Union ist dringend reformbedürftig. Dieses System verschlingt einen erheblichen Anteil der für Wirtschaftsförderung bereitgestellten Mittel für Verwaltungskosten. Das Ausfüllen der Anträge auf Wirtschaftsförderung ist derartig kompliziert, so daß es nur von Spezialfirmen durchgeführt werden kann. Mittelständische Firmen, die sich diese Kosten nicht leisten können, bleiben von der Förderung durch die europäische Union ausgeschlossen. Das Förderungssystem der EU begünstigt mißbräuchliche Nutzung von Fördermitteln in Milliardenhöhe.

8.2 Personalkostenrücklagen

"Eigentum" ist inzwischen zur Schande geworden. Eigentum im Sinne von Eigenkapital" ist gesellschaftlich nicht mehr durchsetzbar.

8.3 Fortführung von Betrieben

Nach dem Ausscheiden der Betriebsinhaber aus dem Arbeitsleben entstehen häufig erhebliche Schwierigkeiten bei der Fortführung des Betriebes.

- Deshalb müssen die bisherigen Regelungen zur Steuerbegünstigung beibehalten und erweitert werden.
- Die Übertragung von Geschäftsanteilen bei der GmbH an Familienangehörige ist zur Sicherung des Unternehmens generell steuerfrei zu gestalten, wenn die Gesellschaft ausschließlich in Händen von Privatpersonen verbleibt.

8.4 Abbau von Subventionen

Dringend ist der Abbau von volkswirtschaftlich schädlichen Subventionen. Hierzu gehört die Subventionierung von unwirtschaftlichem Wind- und Solarstrom über zwangsweise erhöhte Stromkosten.

8.5 Forderung nach Entregelung

Die Regelungsdichte ist in Deutschland gewaltig und lähmt die Wirtschaft. Im Jahr 1950 hatte das Bundesgesetzblatt einen Umfang von 5.000 Seiten, im Jahr 1995 einen Umfang von 45.000 Seiten. Allein die für Statistiken aufzubringenden Kosten belasten die Wirtschaft erheblich. Dringend erforderlich sind deutlich weniger Auflagen und Bürokratie von Behörden und kürzere Genehmigungszeiten beim Bau von Neuanlagen. Der Transrapid in China war in kürzester Zeit fertiggestellt. Bei der Strecke Hamburg–Berlin wurde 3 Jahre geplant und diskutiert, das Projekt dann "beerdigt" und dann für etwa gleiche Kosten eine "schon vorhandene Strecke" auf ICE-Niveau ausgebaut.

Besonders beunruhigend ist die Entwicklung der Europäischen Kommission zu einer unkontrollierbaren autonomen Diktatur, die man als "Eurosozialismus" bezeichnen kann. Es ist dringend erforderlich, daß der Wirtschaft ein Einspruchsrecht gegen die Erlasse der europäischen Kommission eingeräumt wird. Teilweise wurden wirtschaftsfeindliche Gesetze der EU durch die Bundesregierung noch verschärft, etwa bei der Regelung des Radon-Gehaltes in Räumen.

"Es sind nicht nur hohe Steuern und Abgaben allein, die die Unternehmen am Standort Deutschland belasten, die Wirtschaft empfindet auch die Kosten für die gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsdienste, die der Gesetzgeber den Betrieben zum Nulltarif aufbürdet, als "besondere Belastung". Diese bürokratischen Belastungen und Überreglementierungen haben sich für die Wirtschaft mittlerweile zu einem beträchtlichen Kostenfaktor entwickelt. Bei einer Befragung unserer IHK antworteten drei Viertel der Unternehmen, dass der Grad der zeitlichen und finanziellen Belastungen aufgrund gesetzlich vorgeschriebener Meldepflichten in den vergangenen Jahren nicht ab-, sondern sogar zugenommen habe. Zwei Drittel der Unternehmen bezeichneten sie insgesamt als zu hoch.

Während in Großunternehmen Spezialisten mit diesen Bürokratieanforderungen befasst sind, müssen diese Arbeiten in mittelständischen Betrieben zusätzlich zum eigentlichen Aufgabenbereich erledigt werden. Hier ist es oftmals der Chef oder die Chefin selbst, die nach Feierabend oder an Sonn- und Feiertagen die sozialrechtlich vorgeschriebenen Verwaltungsarbeiten erledigen, Abrechnungen für die Renten-, Kranken und Arbeitslosenversicherungen, für Lohnfortzahlungen oder vermögenswirksamen Leistungen erstellen, Statistiken ausfüllen sowie den Anzeige- und Meldepflichten nachkommen. Die Wirtschaft fordert seit langem, die Betriebe von den gravierendsten Auswüchsen der Bürokratielasten zu befreien und die Hilfsdienste auf ein notwendiges und sinnvolles Maß zu beschränken. Erste Erfolge auf Landesebene, z. B. im Bereich der Wirtschaftsstatistik, wurden auch erzielt. Diese Fortschritte werden jedoch durch neue bürokratische Auswüchse, wie sie die Bundesregierung in regelmäßigen Abständen hervorbringt, wieder zunichte gemacht" (IHK Karlsruhe 01).

8.6 Forderung nach Risikoentlastung

Mittelständische Unternehmer setzen sich einem großen finanziellen Risiko aus. Zu befürchten ist, daß die Risikofreudigkeit in unserem Volk abnimmt. Im Vergleich mit den USA ist bei den deutschen Banken eine zu geringe Bereitschaft vorhanden, durch Kredite das Unternehmensrisiko abzumildern. Die ursprüngliche Aufgabe der Banken, Dienstleister der Wirtschaft zu sein, verblaßt heute hinter dem Ziel der Gewinnmaximierung.

8.7 Forderung nach Ethikförderung

"Ohne die Prinzipien von Treu und Glauben funktioniert die Marktwirtschaft nicht" (Barbier, in FAZ). Wirtschaftsethik geht die gesamte Bevölkerung an, vom Lehrling bis zum Minister. Ethische Prinzipien lernt der Mensch in der Familie. Die in unserer Gesellschaft zu beobachtende Zerstörung des Familienprinzips wird eine Zerstörung der mittelständischen Wirtschaft nach sich ziehen. Bereits die neue Pflegeversicherung zeigt, daß der Abbau der familiären Sozialleistungen gewaltige Allgemeinkosten nach sich ziehen wird.

Der Umgang der Politiker mit Geld, insbesondere die massive Vergeudung von Steuergeldern, haben eine demoralisierende Wirkung auf das Volk. Das Verhalten der Politiker führt zu einem Abbau der hemmungen bei Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit.

9. Realisierung der Forderungen

Eine Realisierung dieser Forderungen ist nur durch entsprechende Gesetzesänderungen möglich. Es gibt in unserer Gesellschaft zahlreiche Verantwortungsträger, die sich - oft aus ideologischen Gründen - den Forderungen der mittelständischen Wirtschaft widersetzen. Es gilt, diese Personen zu identifizieren und mit ihnen einen Dialog zu versuchen.

10. Literatur

IHK Karlsruhe 96

Wirtschaftspolitik: Mehr Mittelstandspolitik: Industrie und Handel (3):5(1996)

AEU 97

Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer (Hrsg.); Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Werteordnung; KTT Bd.36; Deutscher Institutsverlag; (1997)

Anonym 98

Verdienst, Vermögen und Verteilung; Kölner Universitätsverlag; (1998?)

IHK Karlsruhe (01)

Bürokratieüberwälzung; Industrie und Handel (3)(März 2001)